



## LINKE für die Kreistagswahl aufgestellt - Wahlprogramm beschlossen

Am vergangenen Samstag, dem 09.02.2019, haben die vogtländischen LINKEN in Plauen Kandidatinnen und Kandidaten für die Kreistagswahl 2019 nominiert. 59 Genossinnen und Genossen wollten mitbestimmen, wer für DIE LINKE zur Kreistagswahl am 26. Mai 2019 antritt.

Noch vor der Kandidatenwahl bestimmten die vogtländischen Genossinnen und Genossen ihr Wahlprogramm. Rund 50 Änderungsanträge standen für das Wahlprogramm auf der Agenda. Kreisvorsitzende Janina Pfau merkte dazu an „Die Zahl der Änderungsanträge zeigt, wie lebendig die LINKE

im Vogtland für die Kommunalpolitik brennt. Jetzt werden wir das Programm noch redaktionell überarbeiten und dann bei den Vogtländerinnen und Vogtländern um ihr Vertrauen werben. Ganz unserem Profil treu bleibend, haben wir bei unserem Programm einen besonderen Focus auf das Soziale und die öffentliche Daseinsvorsorge gelegt.“

DIE LINKE wird 39 Kandidaten in den zwölf Wahlkreisen zur Kreistagswahl im Vogtland ins Rennen schicken. Davon sind dreizehn Frauen. Aktuell sitzt DIE LINKE mit 14 Personen im Kreistag.

### Wahlkreis 1

1. Legath, Lars
2. Just, Pierre

### Wahlkreis 2

1. Klarner, Waltraud
2. Schumann, Klaus
3. Pfeffer, Katharina

### Wahlkreis 3

1. Wohlrab, Michaele
2. Schaller, Carmen

### Wahlkreis 4

1. Stöhr, Reiner
2. Grünler, Kai

### Wahlkreis 5

1. Hegel, André
2. Uhlman, Jens
3. Windisch, Jan

### Wahlkreis 6

1. Müller, Patrick
2. Kosche, Kathrin
3. Mieth, Volker

### Wahlkreis 7

1. Hartmann, Uda
2. Seidel, Hermann
3. Mann, Sigrid

### Wahlkreis 8

1. Ruß, Henry
2. Höllrich, Thomas
3. Pippig, Karsten
4. Lochmann, Andreas

### Wahlkreis 9

1. Pfau, Janina
2. Ritter, Longin
3. Lauer, Renate
4. Jahn, Jürgen

### Wahlkreis 10

1. Rank, Petra
2. Seidel, Uta
3. Dietel, Ronald
4. Rilke, Freddy

### Wahlkreis 11

1. Schiebold, Michael
2. Legath, Ann-Kathrin
3. Stüber, Jochen

### Wahlkreis 12

1. Descher, Agnes
2. Herold, Daniel
3. Hinz, Wolfgang



## LINKE GEDENKEN ROSA LUXEMBURG UND KARL LIEBKNECHT

Es war vor 100 Jahren, kurz nach dem Scheitern des Januaraufstandes in Berlin, als am 15. Januar 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden. An genau dieses Verbrechen erinnert ein Gedenkstein auf dem Carolaplatz in Falkenstein.

Für die vogtländische LINKE ist dieser Gedenkstein jedes Jahr im Januar, Ort der Erinnerung aber auch Mahnung für die Zukunft. In diesem Jahr hatte der Kreisverband der LINKEN die Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch eingeladen.

Rund 70 Personen folgten am vergangenen Samstag, den 19.01.2019, 11 Uhr dem Aufruf zur Gedenkveranstaltung, welche musikalisch durch ein Quintett des Jugendblasorchesters Auerbach umrahmt wurde.

Löttsch erinnerte in ihrer Rede daran, dass viele Forderungen der beiden Revolutionäre und ihrer Mitstreiter, heute in unserer Demokratie selbstverständliche sind. Besonders betonte sie dabei das Frauenwahlrecht.

Im Anschluss stellte Peter Giersich,

Sprecher des VVN-BdA Vogtland (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), den steten Kampf für Frieden und gegen Faschismus von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heraus.

Ab 13 Uhr hatte die Partei dann zu einer Lesung mit Gesine Löttsch in das Hotel Falkenstein eingeladen. Seit 2002 sitzt die Berlinerin mit einem Direktmandat im Deutschen Bundestag. Zuvor war sie bereits im Abgeordnetenhaus von Berlin tätig. In ihrem Buch: „Immer schön auf Augenhöhe“ hat Löttsch aus dieser Zeit viele Anekdoten zusammengetragen: vom Stromausfall beim Bundespräsidenten, ihrer Zeit als eine von zwei Abgeordnete der PDS im Bundestag oder ihrer Werbekampagne als Schwester Agnes. Mit viel Applaus und dem einen oder anderem Lacher folgten rund 30 Zuhörer, den zumeist heiteren Geschichten.~



beide Bilder: Dr. Gesine Löttsch in Falkenstein zur Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht



## PLAUNER LINKE FÜR STADTRATSWAHL AUFGESTELLT

Am 26. Januar 2019 fand in Plauen die Wahlversammlung für die Stadtratswahl am 26.5.2019 statt. Anfangs gab Petra Rank als Stadtvorsitzende einen kurzen Überblick zur aktuell politischen Lage, zu den Vorhaben im Wahljahr und dem Erreichten der letzten 5 Jahre. Ziel für die Stadtratswahl 2019 sind 20% unter Anbetracht, dass rechte Parteien wie der III. Weg oder die AfD an der Kommunalwahl teilnehmen werden, die bisher im Parlament nicht vertreten sind. Das bedeutet auch, dass im Wahlkampf zusätzliche Kräfte mobilisiert werden müssen.

Über das Erreichte kann die Stadtfraktion durchaus zufrieden sein, auch wenn die parlamentarische Arbeit im Stadtrat in den letzten Jahren schwieriger geworden ist. Hervorzuheben sind Erfolge in folgenden Bereichen .:

- Ideenwettbewerbe zur Aufwertung des Stadtparkes und der Gestaltung der oberen Bahnhofstraße
- freies WLAN in öffentlichen Einrichtungen
- die kommunalen Grünflächen werden für ein Jahr auf Probe ohne Pestizide, insbesondere Glyphosat, gepflegt
- die Erarbeitung eines Kleingartenentwicklungs- und eines Grünflächenkonzepts sowie die Überarbeitung des Sportentwicklungsplanes - den Ausbau der Schulsozialarbeit an städtischen Schulen
- keine weiteren Erhöhungen der Elternbeiträge
- Park and Ride - Parkplätze im Stadtgebiet
- Maßnahmen zum Erhalt des Mehrsparten-Theaters Plauen-Zwickau, des Personalbestandes der Berufsfeuerwehr sowie zur Standortsicherung des Falkners in Plauen
- Beibehaltung der Förderung von Sport- Kultur- und Sozialvereinen trotz Haushaltskonsolidierung

um nur ein paar Punkte zu nennen.



Wolfgang Hinz hatte sich entschieden, nicht erneut für den Stadtrat zu kandidieren. Mit Blumen und stehenden Ovationen bedankten sich Vorstand und die Versammelten bei dem langjährigen Stadtrat.

Unsere Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel informierte im Anschluss in einem kurzen Bericht über die Fraktionsarbeit der letzten Wochen. Hauptthema war der neue Grundlagenvertrag des Theaters Plauen Zwickau. Nur durch einen gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion konnte ein Kompromiss mit Zwickau gefunden werden, wo Plauen auch in Zukunft ein Mitspracherecht in wichtigen Entscheidungen zum Theater erhalten bleibt. Ein weiterer Punkt war der Haushaltsplan 2019 der Stadt Plauen. Seit vielen Jahren wurden fast alle Anträge unserer Fraktion übernommen. U.a. die Verbeamtung der Berufsfeuerwehr, die die einzige Feuerwehr deutschlandweit war, die keine Verbeamtung hatte. Damit verbunden war das Problem der Nachwuchsgewinnung und der Verbleib ausgebildeter guter Feuerwehrleute in Plauen.

Im Anschluss an die Berichte wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl vorgestellt. Bevor es zur Wahl der neuen Kandidatinnen und Kandidaten ging, wurde unser langjähriger Fraktionsvorsitzender und

Stadtrat Wolfgang Hinz verabschiedet, der aus gesundheitlichen Gründen nicht noch einmal zur Wahl antrat. Als Spitzenkandidatin wurde Claudia Hänsel gewählt. Die nachfolgenden Plätze wurden wie folgt gewählt. Maik Schwarz, Uta Seidel, Klaus Jäger, Petra Rank, Daniel Herold, Alice Schubert, Lars Legath, Ilka Reißner, Kai Grünler, Jenny Pfeuffer-Haase, Thomas Joram, Tobias Rüdiger, Jochen Stüber, Freddy Rilke.

Im zweiten Teil der Versammlung ging es um die Verabschiedung des Wahlprogrammes. Dazu mussten mehrere Änderungsanträge abgestimmt werden. Ein Großteil wurde übernommen. So u.a. das Ziel eines kostenlosen Mittagessens in den Kindereinrichtungen der Stadt Plauen und der Einsatz dafür, dass die neue Abfallsatzung nochmals unter Einbezug der Großvermieter und des Mieterschutzbundes überarbeitet wird. Das Wahlprogramm wird in der überarbeiteten Form allen Genossinnen und Genossen aus Plauen zugehen.

*Petra Rank*



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
immer der 15. des Vormonats

**Sendet uns eure Beiträge an: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de)**



## OFFENER BRIEF DER PLAUENER LINKSFRAK- TION

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister Levente Särközy,

das Abfallchaos in Plauen ist unübersehbar. Tonnen für Restabfall, Papier und die gelben Tonnen quellen über und verursachen zunehmend Probleme. Entscheidende Ursache ist offenbar der mit der neuen Abfallsatzung des Vogtlandkreises beschlossene generelle 14-tägige Entsorgungsrhythmus, der den Gegebenheiten vor allem in den Großwohnanlagen in keiner Weise genügt. 30 Jahre haben die Plauer mit der Abfallsatzung der Stadt gut und relativ kostengünstig leben können. Darauf waren auch die Rahmenbedingungen, wie die Bereitstellung der Müllbehälter, eingestellt.

Mit der Entscheidung des Kreistages für die neue Satzung haben wir in Plauen beinahe Verhältnisse wie in Süditalien. Die Einhausungen für die Container quellen über und zwingen ordnungsbewusste Einwohner dazu, ihre Balkone als Abfallzwischenlager zu nutzen. Der derzeitige Zustand der Müllentsorgung führt zu wütenden Reaktionen der Bürger. Vertreter der Wohnungsunternehmen und des Mieterbundes haben mehrfach, rechtzeitig und energisch auf die zu erwartenden Probleme aufmerksam gemacht. Ignoranz der Verantwortlichen war die Antwort.

Das jetzige Chaos sollte die Stadtverwaltung nicht kalt lassen. Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Plauen fordert Sie auf: Machen Sie sich zum Anwalt der Plauer gegenüber der Kreisverwaltung! Fordern Sie die Kreisverwaltung mit allem Nachdruck auf schnellstens eine Lösung des Problems herbeizuführen und insbesondere den Entsorgungsrhythmus den Gegebenheiten anzupassen und das Chaos zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen  
Claudia Hänsel  
Fraktionsvorsitzende



## KEIN ENDE IN SACHEN MÜLL

Auch Ende Januar nehmen die Probleme bei der Müllentsorgung kein Ende. Die Mitteilung, die der Landrat dazu nun herausgegeben hat, schlägt dem Fass oder sollte man eher sagen der Mülltonne den Boden aus.

Dazu erklärt Janina Pfau, Landtagsabgeordnete und Kreisrätin der LINKEN: „Auch wenn es sicherlich wieder als Majestätsbeleidigung im Büro Landrat ausgelegt wird, aber der Landrat muss sich endlich einmal an die eigene Nase fassen, statt die Schuld wieder auf alle anderen abzuschieben. Natürlich haben nicht alle Grundstücksbesitzerinnen und Besitzer das Anschreiben beantwortet, aber das lag einerseits an den vielen ungeklärten Fragen, die bis heute teilweise noch offen sind, zum anderen aber auch einfach daran, dass nicht alle einen Brief erhalten haben. Was den Austausch der Behälter betrifft, dass es mit dem günstigsten Anbieter schwierig werden wird, dass hätte man im Oktober schon feststellen und reagieren können. Dass es im Vogtland durchaus auch Schnee geben kann, ist auch nicht neu und war nie ein Problem. Die Erklärung dazu hat das Büro Landrat bis heute nicht geliefert.“

Aber eine Unverschämtheit ist, dass den Bürgerinnen und Bürgern mitge-

teilt wird, dass es keine Ersatzabholung geben wird und man sich doch die Säcke für 8,00 € bei der KEV in Falkenstein abholen solle. Die Vogtländerinnen und Vogtländer zahlen also mehr Geld für die Müllentsorgung, bekommen ihre Tonnen nicht abgeholt und sollen dann zusätzlich noch Säcke kaufen, die man nicht wie die „Aschemarken“ beim Bäcker im Dorf bekommt, sondern müssen extra nach Falkenstein fahren. Ob die Säcke dann überhaupt abgeholt werden, bleibt ebenfalls noch fraglich.

Hätte man die neue Satzung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet, so wie es DIE LINKE gefordert hatte, wäre dieses Chaos geblieben.“ ~

**immer einen Besuch wert:**

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

# DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT VERHANDELT ÜBER HARTZ IV-SANKTIONEN! ENDLICH!

Hartz IV mit allen seinen Zumutungen verdanken wir vor allem der SPD. Nun, da ihre Umfragewerte seit geraumer Zeit in beängstigender Weise sinken, signalisiert die SPD Bereitschaft zu Korrekturen, was glücklicherweise zu einer - wenn auch bescheidenen - öffentlichen Debatte über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit des Hartz IV-Systems führte.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Sanktionen. Immerhin hatte das Bundesverfassungsgericht bereit 2010 in einem Grundsatzurteil nicht nur gefordert, dass das menschenwürdige Existenzminimum die physische Existenz sowie ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu sichern hat, sondern auch klargestellt, dass es "dem Grunde nach unverfügbar" ist und "eingelöst werden" muss (1. und 2. Leitsatz des Urteils vom 09.02.2010). Höchststrichterliche Entscheidungen, also Entscheidungen von Gerichten auf Bundesebene, sind rechtsverbindlich!

Gegen diese Rechtsvorschrift verstoßen die Jobcenter allerdings systematisch, und zwar auf der Grundlage der Paragraphen 31 bis 31b des Sozialgesetzbuches II: Der Hartz IV-Betroffene wird aufgefordert, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, in der er sich zur Mitwirkung an der Arbeitssuche verpflichtet, wogegen moralisch und rechtlich ja nichts einzuwenden ist. In der Rechtsfolgebelehrung werden dann allerdings alle Kürzungen des Existenzminimums aufgeführt, mit denen er bestraft wird, wenn er eine Vorschrift des Jobcenters nicht erfüllt. Und das ist das Problem.

Wolfgang Neskovic, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht und Mitglied der Bundestagsfraktion der LINKEN von 2007 bis 2012, unterstrich in einem Interview im Neuen Deutschland vom 10. Januar 2019 die Bedeutung des oben genannten Gerichtsurteils: "Die Formulierung 'Minimum' heißt unmissverständlich, dass

jeder Betrag, der unterhalb dieser festgelegten Grenze liegt, verfassungswidrig ist. ... 'Unverfügbar' ... heißt, dass niemand darüber verfügen kann, auch nicht der Staat, indem er durch Sanktionen den Geldbetrag, der das Existenzminimum darstellt, kürzt oder gar streicht." Auch pädagogische Gründe, wie das Prinzip des "Förderns und Forderns", legitimieren Kürzungen nicht.

Das Bundesverfassungsgericht wird ab dem 15. Januar dieses Jahres eine Vorlage des Sozialgerichts Gotha zu dieser Problematik verhandeln: Durch Kürzungen des Arbeitslosengeldes II werde in das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum aus Artikel 1 Absatz 1 ("Die Würde des Menschen ist unantastbar") in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 (Sozialstaatsprinzip) des Grundgesetzes eingegriffen.

Die Partei DIE LINKE fordert seit ihrer Gründung eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Unsere Bundestagsfraktion hat dazu eine Vielzahl von Anträgen eingereicht. Im Antrag vom 17.04.2018 wurde z.B. eine sanktionsfreie Mindestsicherung für Volljährige von derzeit mindestens 1.050 € netto monatlich gefordert. Wie zu erwarten war, wurde der Antrag allerdings vom Bundestag mehrheitlich abgelehnt.

Wolfgang Neskovic verweist noch auf die "ungewöhnlich hohe Erfolgsquote entsprechender Klagen", vermerkt aber, dass ein Großteil der Betroffenen - aus unterschiedlichen Gründen - nicht den Rechtsweg wählt. Seine Forderung: "Deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass die Bereitschaft der Betroffenen, vor Gericht zu gehen, erhöht wird." Dazu schlägt er unter anderem mehr Beratungsangebote vor, z.B. von Sozialverbänden und von öffentlich-rechtlichen Beratungsstellen der Kommunen.

Als LINKE unterstützen wir diese Forderung nachdrücklich. Und wir danken Wolfgang Waitz vom Ortsverband Göltzschtal, der auf Anforderung Sprechstunden zu Hartz IV in Oelsnitz,

Auerbach und Reichenbach hält und vielen Betroffenen bereits helfen konnte!

*Dr. Dorothea Wolff*

## ANTRAG DER LINKEN ERHÄLT UNTERSTÜTZUNG DURCH AKTUELLES GERICHTSURTEIL

Nach der Änderung der Richtlinie „Erstattungen der Absenkungsbeiträge gemäß § 15 SächsKitaG im Vogtlandkreis“ kam es im Vogtland zur Benachteiligung von sogenannten Patchwork-Familien. Um diese Benachteiligung wieder rückgängig zu machen hat DIE LINKE einen Antrag im Kreistag gestellt, der vom Kreistag an den Jugendhilfeausschuss verwiesen wurde. Dort muss er nun behandelt werden. In dieser Woche gab es einen unterstützenden Beschluss des Sächsischen Oberlandesgerichtes dazu.

„Das Oberlandesgericht hat in seinem Urteil festgestellt, dass für Beitragsermäßigungen auch die Halbgeschwister berücksichtigt werden müssen. Wir freuen uns über dieses Urteil, denn genau das fordern wir in unserem Antrag. Denn alle Kinder in einer Familie sind gleich. Auch wenn sich das Urteil auf Dresden bezieht, sollte der Landkreis und die Kreisräte einlenken und unserem Antrag zustimmen und die Richtlinie schnell überarbeiten, um einen Prozess und die damit verbundenen Kosten zu vermeiden,“ so Kreisrätin Janina Pfau.~



## DIE FAMILIE DES SCHNEIDERS HUGO

Nehmen wir an, ein Familienvater ist Schneidermeister. Nennen wir ihn Hugo. Von den Kleidern, die Hugo näht, kann er seine Familie gut ernähren. Seine Kinder und Enkel gehen zur Schule, sind fleißig und wissen, dass Sie noch sehr lange Schneider sein werden können. Hugos Einkommen aus der Schneiderei ist so auskömmlich, dass er sogar seinem Bruder immer ein paar schöne Hemden schickt. Geld möchte er dafür keins haben, ist schließlich sein Bruder. Nur seinem Onkel, nennen wir ihn Sam, dem gefällt das alles irgendwie gar nicht. Etwas an den Bruder verschenken, der dem Onkel schon mal deutlich die Grenzen aufgezeigt hat, geht gar nicht und überhaupt, will der Onkel die Kleidung für sich haben. Eines Tages stirbt Hugo und sein Sohn Nicolas übernimmt den Betrieb. Auch der sagt dem Onkel Sam deutlich, dass er sich nicht einmischen soll. Es geht ihn nichts an, was er mit den Kleidern macht. Sam ist aufgrund seiner ständigen Stänkerei unerwünscht in der Familie von Nicolas. Sam, der nun richtig wütend ist, macht nun folgendes. Er verbietet, dass Nicolas seine Kleider verkaufen kann. Er droht jedem mit Strafe, der etwas bei Nicolas kauft. Sollte jemand doch etwas bei ihm kaufen, dann darf er Nicolas aber nicht bezahlen. Das Geld solle dann vielmehr auf ein Konto von Sam eingezahlt werden. Er verwehrt es so lange, bis der Familienbetrieb von Nicolas, von Sams Enkel übernommen wurde. Was macht nun ein Familienvater, dem sein Broterwerb verboten wurde? Wie reagieren Nicolas Kinder darauf, dass der Vater kein Essen mehr auf den Tisch bringt? Und warum kann sich Sam so etwas rausnehmen?

Die Geschichte ließe sich sicher zu einem packenden Familiendrama verfilmen. Traurig nur, dass Nicolas Familie derzeit real hungern muss, weil Sam ihm den Broterwerb verbietet. Ich hoffe nur, dass Sam nicht am Ende seinen Willen bekommt.

Maik Schwarz



Von links auf dem Foto Nanne Wienands (Schwarzenbach/Saale); Thomas Etzel, Eva Petermann und Ulrike Dierkes-Morsy (alle aus Hof); nicht auf dem Bild: Regina Scholz (Oberkotzau)

© R. Oechstein

## NEUER VORSTAND DER VVN-BDA STARTET INS NEUE JAHR

Zur ersten Vorstandssitzung traf sich der neue Kreisvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Hof / Wunsiedel vergangene Woche in Hof. Im Dezember 2018 hatte Nanne Wienands den Vorsitz nach mehr als neun Jahren, wie seit längerem angekündigt, abgegeben. Neue Kreisvorsitzende ist Eva Petermann, Hof, die bereits seit längerem dem Vorstand angehört. Wiedergewählt wurden Regina Scholz aus Oberkotzau als KassiererIn, sowie Thomas Etzel, Hof, als stellvertretender Vorsitzender; neu hinzukam Ulrike Dierkes-Morsy als Schriftführerin. Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt.

Eva Petermann dankte dem alten Vorstand und den Revisoren, insbesondere auch Reinhard Möller (Tröstau), und darüberhinaus allen aktiven Mitgliedern für ihr vielfältiges Engagement. Sie erinnerte an die zahlreichen Projekte und Initiativen, an denen die VVN-BdA in den vergangenen Jahren maßgeblich beteiligt war: Angefangen von Konzerten mit der legendären Auschwitz-Überlebenden Esther Bejerano und der Microphone Mafia, mit der Klarinettistin Irith Gabriely und mit den Bremer „Grenzgängern“ anlässlich der „Reichspogromnacht“ am 9. November 1938 - bis hin zu Veranstaltungen mit Zeitzeugen wie dem Münchner Ernst Grube und dem inzwischen leider verstorbenen Historiker Kurt Pätzold.

Nicht zuletzt spielte die 1947 auch in Hof von Überlebenden der NS-Haftstätten und KZ-Lager bzw. Frauen und Männern aus dem Widerstand gegründete VVN-BdA eine Rolle bei der Veränderung des Hofer Stadtbilds. Dazu hatte sie nicht zuletzt Vorschläge in ihren "Blauen Flyern I und II" von 2013 und 2016 unterbreitet. So finden sich nun mehr Namen von Nazi-Gegnerinnen und -Gegnern auf dem Hofer Stadtplan: Zuletzt war zu dem Bernhard-Lichtenberg-Platz und der Dr. Bonhoeffer-Straße am 14. September 2018 der Rosa-Opitz-Platz zu Ehren der mutigen Widerstandskämpferin und einstigen SPD-Stadträtin hinzugekommen.

All das passierte in Nanne Wienands` Zeit als Vorsitzende, also gab es für die vielfach Engagierte ein nachdrückliches Dankeschön vom neuen Vorstand und einen Gutschein für den Besuch des Hofer Theaters.~

## DER ERSTE ENTWURF DES LANDTAGSWAHLPGRAMMS IST DA - DOCH WO IST "BASIS IST BOSS"?

"Mit dem, ...was wir heute hier beschließen wollen, sind wir einzigartig. Wir wären die einzige Partei, die es wagt, ihre Mitgliedschaft zu befragen, wenn es darum geht, die Schwerpunkte für die kommende Landtagswahl festzulegen. ... Das erfordert Mut. Mut zum Kontrollverlust. Aber gerade als Partei mit basisdemokratischem Anspruch steht uns dieser Kontrollverlust gut zu Gesicht: Ich glaube an die Weisheit und die Verantwortung der GenossInnen." So unsere Landesvorsitzende Antje Feiks in ihrer Rede im August 2018 auf der 3.Tagung des 14. Landesparteitages. Mit der Mitgliederbefragung soll unsere Partei ein Zeichen setzen, "wie linke Politik sein soll, wie sie sein muss."

Diese Mitgliederbefragung unter der Losung "Basis ist Boss" haben viele von uns mitgestaltet: Wir haben Forderungen eingereicht, die Bestandteil des Landtagswahlprogramms werden sollten, im Vogtland haben wir auf der Regionalkonferenz im Oktober 2018 die bis dahin eingereichten Forderungen präzisiert und bewertet, eine Kommission hat dann in Dresden die eingegangenen 156 Forderungen gegliedert, zusammengefasst, nochmals gewichtet und daraus die 15 Forderungen ermittelt, die in die Mitgliederbefragung gehen sollen. Ein Landesparteitag im Dezember 2018 bestätigte dann die 8 Forderungen, die in der Mitgliederbefragung die meisten Zustimmungen erhalten hatten, als Schwerpunkte für den Landtagswahlkampf.

Diese Art der Mitgliederbeteiligung war neu. Sicherlich müssen wir über Verbesserungen sprechen. Z.B. tauchte unter den 15 Forderungen, die unsere Mitglieder zur Auswahl erhielten, die Forderung nach Frieden nicht auf, schwierig war auch die Einbeziehung unserer GenossInnen, die nicht über Internet erreichbar sind. Aber insgesamt war es eine erfolgreiche Methode, unsere Parteimitglieder aktiv zu beteiligen: Sie waren nicht nur Zuhörer und Leser, sie mussten überlegen, diskutieren und Entscheidungen treffen. Das kam an! Und eine Partei lebt

vor allem durch die Aktivität ihrer Mitglieder!

Nun liegt der 1. Entwurf des Landtagswahlprogramms vor. Der Landesvorstand hat ihn am 8. Februar, Landesvorstand und Landesrat haben ihn in einer gemeinsamen Sitzung am 9. Februar diskutiert. Die Mitglieder des Landesrates hatten den Entwurf allerdings erst am 7. Dezember 23 Uhr gemailt bekommen, ein gründliches Lesen vor der gemeinsamen Sitzung war damit nicht möglich. Aber ich hoffe, die acht Schwerpunkte für den Landtagswahlkampf von "Basis ist Boss" schnell zu finden, z.B. als sichtbar gemachte Kernforderungen für das immerhin 50 Seiten umfassende noch unvollständige Wahlprogramm. Ich konnte sie aber nicht entdecken. Anwesende Mitglieder der Redaktionskommission versicherten zwar, dass die Thesen von "Basis ist Boss" eingearbeitet sind, als "Schwerpunkte" des Landtagswahlkampfes sollten sie aber wörtlich aufgenommen und grafisch sichtbar sein, schon um den Mitgliedern, die sich an der Erarbeitung aktiv beteiligt haben, zu zeigen, dass ihre Arbeit wichtig war. Aber auch nach genauerer Durchsicht habe ich weder die Formulierungen der acht Forderungen noch deren Begründungen im Text des Wahlprogrammes entdecken können.

Für die Systematik des Wahlprogramms gibt es allerdings ein Problem: Der Entwurf orientiert sich im Wesentlichen am Inhalt von "Aleksa", am jahrelang erarbeiteten "Alternativen Landesentwicklungskonzept Sachsen". Auch dafür gibt es einen Beschluss der 3. Tagung des 4. Landesparteitages. Beides müsste nun in Übereinstimmung gebracht werden!

Und auch dazu ist die Basis aufgerufen: Bereits in seiner Mail am 7. Februar schrieb Thomas Dudzak, Landesgeschäftsführer der LINKEN Sachsen: "Uns steht insgesamt noch ein sehr weiter Weg bevor. ... Wir wollen, dass das Programm durch breite Beteiligung besser wird. Deshalb bitten wir alle, die sich mit dem Programm

auseinandersetzen, um Vorschläge." Seit dem 11. Februar steht der Entwurf des Wahlprogramms auf der Homepage der Linkspartei Sachsen, ebenfalls mit der Bitte um Anregungen, Ideen und Kritiken.

Machen wir etwas daraus! Am 15. März will der Landesvorstand den zweiten Entwurf des Wahlprogramms vorlegen, am 5. April soll der Wahlprogramm-entwurf dann als Antrag an die erste Tagung des 15. Landesparteitages fertig gestellt und eingereicht werden. Danach sind bis zum 14. Juni Änderungsanträge möglich.

Beteiligen wir uns an diesem Prozess! Denn: Basis ist Boss!

*Dr. Dorothea Wolff*

Den Entwurf des Landtagswahlprogramms findet ihr unter <https://www.dielinke-sachsen.de/wahlen/landtagswahl-2019>

Vorschläge zum Entwurf des Wahlprogramms sind zu senden an [wahlprogramm@dielinke-sachsen.de](mailto:wahlprogramm@dielinke-sachsen.de)

### Die 8 Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

1. Wir stehen für einen konsequenten Kampf gegen menschenverachtende Ideologien, für ein weltoffenes und humanitäres Sachsen.
2. Wir setzen uns für eine nachhaltige Verbesserung der Betreuung von Pflegebedürftigen und eine flächendeckende Ärzteversorgung auf allen Ebenen ein.
3. Wir kämpfen konsequent gegen Altersarmut!
4. Wir gestalten Stadt für alle statt für Profite: Wohnen muss überall bezahlbar sein!
5. Wir setzen uns ein für gleiche Rechte, gleichen Lohn und Mitbestimmung für alle Menschen!
6. Wir stehen dafür, das Billiglohnland Sachsen zu überwinden. Wir fordern einen höheren Mindestlohn und bessere Tarifverträge.
7. Wir wollen eine inklusive Bildung ohne soziale, finanzielle, räumliche und bauliche Barrieren – wer sich bilden will, muss dies ermöglicht bekommen.
8. Wir wollen den Klimawandel stoppen! Für eine ökologische und nachhaltige Politik.



## DIE LINKE REICHENBACH FÜR DIE KOMMUNALWAHLEN AUFGESTELLT

Der Ortsverband Reichenbach und Umgebung nominierte am Sonnabend, dem 02. März seine KandidatInnen für die Stadtrats- bzw. Ortschaftsratswahlen am 26. Mai. Vier der Nominierten gehören dem derzeitigen Stadtrat an. Weitere sechs haben entweder schon einmal für die LINKE kandidiert bzw. kandidieren zum ersten Mal.

Folgende KandidatInnen werden für der Stadtrat antreten: Henry Ruß, Martina Mann, Andreas Lochmann, Kerstin Vollmann, Johannes Höfer, Sigrid Mann, Karsten Pippig, Ute Lochmann, Dr. Ulf Solheid, Thomas Höllrich.

Für den Ortschaftsrat Mylau wurden Andreas Lochmann und Hartmut Sandner gewählt. Für den Ortschaftsrat Friesen wird Volker Barth antreten.

Neben der Kandidatenaufstellung wurde nach einer konstruktiven Diskussion auch der Entwurf des Stadtwahlprogrammes verabschiedet.

Henry Ruß, Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion, „ist sich sicher, mit den nominierten KandidatInnen gute Chancen zu haben, erneut zweitstärkste Fraktion werden zu können“.

## VERFASSUNGSWIDRIGE WAHLRECHTS-AUSCHLÜSSE

Über 80.000 Menschen sind derzeit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Da gegenwärtig geltende Regelungen zum Wahlrecht von geistig behinderten Menschen und Menschen für die ein Betreuer bestellt wurde, nichts mit Demokratie zu tun haben, war es längst überfällig, was in den letzten Tagen passiert ist. Das Bundesverfassungsgericht erklärte dies endlich für verfassungswidrig.

In anderen europäischen Ländern gibt es keinen Wahlrechtsausschluss. Deutschland aber schließt Menschen aus, die wegen kognitiven Einschränkungen unter gesetzlicher Betreuung stehen. Warum? Was ist mit den Menschen, die an Demenz erkrankt sind, durch alle Raster fallen und für die Briefwahl beantragt wird? Wer macht da das Kreuzchen und wo und warum?

Man könnte meinen, dass Menschen mit kognitiven Einschränkungen sich vor allem für die Parteien entscheiden würden, die sich für Menschen mit Beeinträchtigungen einsetzen? Wird darin das Problem gesehen, weshalb sie bislang nicht wählen dürfen?

Menschen die in betreuten Wohngruppen oder Einrichtungen leben wissen oft gar nicht, wie und was man wählen kann. Nachvollziehbar ist, dass

deren Betreuer es kaum schaffen können, ihnen zu erklären, was und wer bei welcher Wahl gewählt wird und welche Parteien welche Positionen vertreten.

Es ist wichtig, dass die Parteien selbst dafür sorgen, allen Menschen Ihre Inhalte nahezubringen, barrierefreie Informationsveranstaltungen anbieten oder sich auch in Einrichtungen, wo Menschen mit Behinderungen leben, vorstellen. Dabei sollten Programme in einfacher Sprache formuliert, und Fragen für alle verständlich beantwortet werden.

Inklusion bedeutet, dass alle Menschen gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben dürfen. Dazu gehört die Möglichkeit, zu wählen.

*Kathleen Noack  
Inklusionsbeauftragte DIE LINKE.  
Sachsen*



**Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!**

**Jetzt abonnieren!**

deutsche Ausgabe  
12 Ausgaben/Jahr  
**ab 18 €**

[www.jungewelt.de/granma](http://www.jungewelt.de/granma)

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870 580 003 552 002 390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: [redaktion@dielinke-vogtland.de](mailto:redaktion@dielinke-vogtland.de). Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.03.2019. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.